

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin,

3 Blatt

Nr. 517 / 89

Exemplar

1.12
89

INFORMATION
über

Vorstellungen von führenden Politikern der BRD zur Unterstützung der Opposition in der DDR

In jüngster Zeit bekundeten führende Politiker aus der BRD im Rahmen von in der DDR und in der BRD geführten Gesprächen mit Führungskräften des "Neuen Forums", der "SDP", des "Demokratischen Aufbruchs" und anderer Bewegungen ihre Absicht, die "politische Opposition" in der DDR aktiv unterstützen zu wollen.

Dazu liegen dem Amt für Nationale Sicherheit folgende streng interne Hinweise vor:

Bundeskanzler KOHL ist gewillt, Gespräche mit Vertretern der "DDR-Opposition" kontinuierlich u. a. mit dem Ziel fortzuführen, diese zu einem noch aktiveren und politisch fordernden Handeln gegenüber der Regierung der DDR zu beeinflussen und sie dabei konzeptionell zu unterstützen. Seiner Auffassung nach könne die Opposition nur dann den ihr zustehenden Platz einnehmen, wenn sie Vertrauen im In- und Ausland erwirkt. Dazu müsse sie vor allem ein klares, eindeutiges Wirtschaftsprogramm vorweisen. KOHL gab zu erkennen, daß

BSU
600029
2

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

die "DDR-Opposition" in ihrem "Wahlkampf" auf die Unterstützung der jetzigen Bundesregierung rechnen könne.

Im Sinne der Orientierungen von KOHL agierte Minister SEITERS und wertete mit Kräften der "DDR-Opposition" sein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Gen. KRENZ, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Gen. MODROW, aus. In diesem Zusammenhang sprach er von einem "Zeichensetzen", indem bereits jetzt Gespräche mit allen Parteien geführt werden, von denen zu erwarten ist, daß sie künftig in der Volkskammer vertreten sind.

SEITERS forderte die "Opposition" in der DDR dazu auf, alles darauf auszurichten, daß künftig in der Volkskammer nur noch Parteien als Mandatsträger wirken können.

Wie aus Kreisen der CDU in der BRD bekannt wurde, soll am 1. Dezember 1989 in Westberlin eine Bundesausschusssitzung der CDU stattfinden, zu der repräsentative Bürger der DDR eingeladen werden sollen, die im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung in der DDR öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten sind wie Prof. GÜTLER/Dresden und Prof. MASUK/Leipzig sowie kirchenleitende Amtsträger der evangelischen Kirchen in der DDR und Mitglieder des Hauptvorstandes der CDU in der DDR.

Der Vorsitzende der SPD in der BRD, VOGEL, wies in Gesprächen darauf hin, daß die DDR für Hilfsangebote der BRD sogen. Rahmenbedingungen schaffen müsse. Dazu gehörten die Durchführung freier Wahlen in absehbarer Zeit und die Einrichtung eines Devisenfonds. Der SPD-Bundestagsabgeordnete WISCHNEWSKI würde gegenwärtig an der Entwicklung eines Hilfsprogrammes zur finanziellen und materiellen Unterstützung der "DDR-Opposition" arbeiten. Der vorgesehene Umfang eines entsprechenden Fonds solle ca. 5 Millionen Mark betragen und insbesondere Verwendung finden für die Beschaffung hochleistungsfähiger Technik der Bürokommunikation sowie für den Kauf von Kraftfahrzeugen. Als Empfänger seien alle oppositionellen Bewegungen in

BSIU
000030

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

der DDR vorgesehen, wobei finanzielle Transaktionen unter Umgehung von Konten durch direkte Übergabe von Geldern bzw. Mitteln erfolgen sollen.

Die Präsidentin des Bundestages der BRD, SÜSSMUTH, hat bei Gesprächen mit Vertretern vorgenannter Bewegungen in der DDR zielgerichtet die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, WILMS, einbezogen, um damit gegenüber der Bundesregierung zu demonstrieren, daß diese von Anfang an in die Kontakte zur "DDR-Opposition" einbezogen werden müsse.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen der "Otto-Benecke-Stiftung" (Leiter: Wolfgang BEITZ) Mittel übergeben wolle, um damit der Unterstützung der "DDR-Opposition" dienende Forschungs- und Ausbildungsvorhaben zu finanzieren. Vorliegenden Quellen Hinweisen zufolge will sich BEITZ am 21./22. Dezember 1989 mit Vertretern der "DDR-Opposition" in der BRD treffen, um darüber zu beraten. Auf diese Weise wolle die Regierung der BRD ihre direkte Unterstützung für die "DDR-Opposition" verschleiern.

Die Information ist wegen äußerster Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.